

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 40.— Mk. Durch Austräger 225.— Mk. pro Woche, Durch die Post 300.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfach Nr. 310 59. — Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8837

Dienstag, 30. Januar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile ober deren Raum 20.— Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 3 gespalteten über deren Raum im Text 75.— Mark.

Schlagt die Abenteurer nieder!

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleinbauern!

In Bayern schlagen die Faschisten los!

Die Krielingregierung hat den Belagerungszustand erklärt, um die Konterrevolution zu organisieren. Die Faschisten machen mit dem Gelde des Schwertkapitals einen nationalistischen Putsch.

Die Arbeiter sollen niedergeschlagen werden, damit sich das Schwertkapital auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse, auf Kosten der ganzen Nation mit den Franzosen verständigigen kann.

Die nationalistische Verheerung soll ausgenutzt werden, um den Arbeitern durch eine konterrevolutionäre Diktatur das Ständesprogramm aufzuzwingen.

Sehntundentag, Lohnkürzungen, Arbeiter- und Beamtenentlassungen sollen durchgeführt, die Gewerkschaften zer schlagen, die Betriebsräte beseitigt werden und Stinnes die Eisenbahnen und die Staatsbetriebe ausgeliefert werden.

Im besetzten Gebiet übt Stinnes seine Herrschaft unter dem Schutze der französischen Bajonnette aus, im unbesetzten Gebiete mit den Faschisten.

Die bayerischen Putschisten wollen Süddeutschland vom Reiche trennen, einen monarchistischen Donauraum schaffen und liefern damit den Süden den Franzosen aus.

Die Donauföderation mit König Rupprecht ist der französische Korridor nach dem schwarzen Meer. Der nationalistische Putsch ist die Brandsadel des Krieges in Europa. Deutschland wird nicht nur Kriegsschauplatz, sondern zerstückelt zur Kolonie der Ententemächte.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Ersetzt sofort in allen Betrieben zusammen!

Schlagt die Abenteurer nieder!

Eisenbahner, laßt keine Züge unkontrolliert! Werft die Banditen aus allen Zügen!

Betriebsräte, fordert nicht nur, sondern handelt auch! Säubert die Behörden von allen Konterrevolutionären!

Bildet Arbeiterwehren! Erzwingt die Arbeiter- und Bauernregierung zur Niederwerfung der landes herräterischen Putschisten!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Schließt Euch zur einheitlichen Abwehrfront zusammen! Denkt an das italienische Beispiel.

Schlagt Ihr nicht die Putschisten nieder, so schlagen sie Euch nieder!

Leipzig den 28. Januar 1923.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Der deutsche Faschismus.

Nachstehenden Artikel entnehmen wir einem längeren Aufsatz zum Parteitag unter der Überschrift „Zwischen Viena und Leipzig“ in der „Internationale“, Heft Nr. 2, 6. Jahrg. Die Red.

Der deutsche Faschismus ist der Versuch des Kleinbürgertums und der mit ihr verbundenen Schichten der Intelligenz auf seine, d. h. auf kleinbürgerliche Weise einen Rettungsweg zu versuchen, nachdem der demokratisch-sozialistische Rettungsweg es in die Wüste geführt hat. Es ist klar, daß dieser Rettungsweg genau so widerspruchsvoll sein muß, wie die Lage des Kleinbürgertums widerspruchsvoll ist. Wie Louis Bonaparte, so will das Kleinbürgertum den selbständigen, über den Klassen und über den Staat schwebenden Mittler der Klassen spielen. Wenn der französische Parzellenbauer für diese Mittlerrolle sich den Louis Napoleon mit seiner Dezemberbande aussuchte, als den Kneffen des Bauernkaisers, so hat der deutsche Kleinbürger bereits seine „Dezemberbande“, die Deklassierten des Krieges und des wirtschaftlichen Zerfalls und die Häupter, was könnten sie anders sein, als die deutschen Napoleone, die Götzen des Krieges? Wenn sie die Marne schlocht und den Krieg verloren haben — haben sie dafür nicht die Schlachten in den Straßen Berlins gewonnen?

Einfach unter dem Kommando der großen Bourgeoisie kann der Faschismus nicht gehen. Die große Bourgeoisie ist ideologisch bankrott. Sie bedrückt das Kleinbürgertum materiell. Aber der Kleinbürger ist für die bürgerliche Ordnung. Wie sich aus diesem Dilemma retten? Der Kleinbürger greift zu seinem alten Rezept des Einerseits-Andererseits, der guten Seite und der schlechten Seite. Die gute Seite, das ist der christliche Kapitalist, der Industrielle, der Produktive; die schlechte Seite, das ist der jüdische Kapitalist, der Händler, der Wucherer der Parasi. Diese Unterscheidung ist natürlich ein echt kleinbürgerliches Mißverständnis. Die gute und die schlechte Seite, der jüdische und der christliche Kapitalist, der „Produktive“ und der „Parasit“ verschlingen sich untrennbar, im Finanzkapital sind beide Seiten zu einer Einheit vereint.

Der faschistische Kleinbürger will eine starke Regierungsgewalt. Starke Regierungsgewalt, das ist ein großer Beamtenapparat. Er will aber zugleich „sparsame Wirtschaft“, also Einschränkung des Beamtenapparates. Also werden alte Beamte entlassen, und dafür kriecht die neue „Dezemberbande“ selbst in die Staatsuniform, was den Apparat nicht kleiner, sondern größer, nicht sparsamer, sondern kostspieliger macht.

Der faschistische Kleinbürger sorgt auch für den Arbeiter — als patriarchalischer Wohltäter. Mit dem Unfug des Achtundentages und der Schrulle des Rechtes des Arbeiters im Betrieb muß ausgeräumt werden. Ordnung in der Fabrik! Aufgeräumt muß werden mit den Geschenken des Staats an den Arbeiter auf Kosten des Kleinbürgers, mit wohlfeilem Brot, wohlfeilem Mieten usw. Dafür wird ihm der Diktator, den sich der Kleinbürger erwählt, Arbeit verschaffen und er wird den Drachen des Wuchers erlegen. Er wird den „guten Arbeiter“ gegen den „schlechten Arbeiter“ schützen. Er wird den „guten Unternehmer“ belohnen und den „schlechten“ strafen. Kurz, er wird die Harmonie zwischen Wolf und Lamm herstellen, vorausgesetzt, daß jeder der beiden die Rolle spielt, die ihm die Natur und der Kleinbürgerstand zuweisen.

Schluß endlich auch mit dem Unfug des „Internationalismus“. Die Religion des Kleinbürgers ist der Nationalismus. Er ist, als Müller zwischen den Klassen, klassenlos und daher der wahre Vertreter der Nation.

Was wird die historische Rolle des Faschismus sein, wenn er siegen sollte? Er wird die friedlichen demokratischen Missionen liquidieren, sowohl die der politischen Demokratie wie der wirtschaftlichen Demokratie. Aber er kann keines der Probleme lösen, die er sich gestellt hat. Er kann „keiner Klasse geben, ohne der anderen zu geben“.

Für die Bewaffnung der Arbeiterschaft.

Die KPD., Bezirk Sachsen, hat an die Regierung Sachsens folgendes Schreiben gesandt:

Landesvorstand Sachsen der KPD

Leipzig, 27. Januar 1923.

An die sozialdemokratische Regierung Sachsens, Dresden.

Wir haben erneut zuverlässige Nachrichten über den Putsch der Nationalsozialisten in Bayern erhalten. Nach diesen Meldungen besteht bei der Zeitung der Nationalsozialisten die feste Absicht, durch Sachsen und Thüringen einzubringen. Die konterrevolutionären Verbände und Geheimbünde in Sachsen und Thüringen haben Befehl den bayerischen Zustand der Nationalsozialisten mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die Arbeiterschaft Sachsens wird unmittelbar von der höchsten Gefahr bedroht. Sofortige Gegenmaßnahmen müssen ergriffen werden.

Der Landesvorstand Sachsen der KPD. fordert die sozialdemokratische Regierung auf, im Interesse der sächsischen Arbeiterschaft sofort folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Errichtung von Arbeiterwehren und Bewaffnung der organisierten Arbeiter.
2. Verbot aller monarchistischen, nationalsozialistischen, deutschvölkischen und konterrevolutionären Versammlungen, Unterdrückung aller nationalistischen, konterrevolutionären Druckschriften und Vereinigungen.
3. Verhaftung aller konterrevolutionären Führer und Leiter der Geheimbünde.
4. Bei allen Behörden sind Kontrollauschüsse aus Angehörigen der Arbeiterorganisationen zuzulassen, die mit der Kontrolle der Durchführung oberstehender Forderungen betraut werden.

Mit kommunistischem Gruß!

Landesvorstand Sachsen der KPD.

Was der Arbeiterschaft Sachsens droht, steht auch der Arbeiterschaft Schlesiens bevor. Deshalb müssen auch die Arbeiter Schlesiens geschlossen gegen den Faschismus aufmarschieren und ihn zu Boden schlagen.

Die bayerische Regierung kapituliert vor den Faschisten.

Aus München wird gemeldet: Die Nationalsozialisten haben sich wenig um den Belagerungszustand gekümmert und ihren Parteitag abgehalten. Das Verbot ihres Blattes und ihrer Versammlungen wurde aufgehoben. Am Sonntag fand die „Ständartenwoche“ statt, verbunden mit einem Umzug mit roten Fahnen, auf denen auf weissem Grunde ein großes, schwarzes Hakenkreuz prangte. Oberst von Eplander triumphierte darüber, daß Hitler und seine Leute die bayerische Regierung auf die Knie gezwungen haben (sie hat sich ja sehr gern auf die Knie zwingen lassen. D. Red.) und daß der Belagerungszustand sich nur gegen links auswirkte.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ und die Sozialdemokraten Münchens stellen fest:

„Es liege ein Nachgeben gegenüber Feuten vor, die von der Regierung selbst als Verfassungsbrecher bezeichnet worden seien. Hierdurch mache sich die Regierung vor der ganzen Welt lächerlich. Es wäre zu befürchten, daß der Ausnahmestand sich lediglich gegen die sozialistischen Arbeiter richten werde.“

Die „Breslauer Volkswacht“ fügt hinzu:

Nach all dem, was wir seit den Tagen des Kapd-Putsches in Bayern erlebt haben, sind die Befürchtungen unserer bayerischen Parteigenossen leider nur zu berechtigt. Von einer Regierung, deren Chef Arm in Arm mit Hitler und dem Ueber-Hitler Ludendorff marschiert, und deren wichtigster Minister, der Innenminister Schweyer, im Kabinett für die Wiedererrichtung der Einwohnervwehren eintritt, ist kein Kampf gegen die Verführer der Reichsheit und die Feinde der Verfassung zu erwarten.“

Was aber die Arbeiterschaft tun soll, um die faschistische Gefahr endgültig zu beseitigen, das den Arbeitern mitzuteilen, vergißt die „Volkswacht“. Sie hofft, daß die bayerischen Arbeiter auch unter dem sich gegen sie wendenden Ausnahmestand den Kampf für die Erhaltung der deutschen Republik mit derselben bewundernswerten Energie weiter führen werden wie bisher. Daß die ganze Arbeiterschaft Deutschlands, getreu dem Gelübnis, das sie auf den letzten Parteitag ablegte, gemeinsam mit ihren bayerischen Brüdern diesen Kampf zum Siege führen wird.“

Mit frommen Wünschen und Befürchtungen wird die Arbeiterschaft ihren „Kampf für die Erhaltung der deutschen Republik“ nicht zum Siege führen — sondern nur mit bewaffneten Fäusten und einem geschlossenen Aufmarsch.

Arbeiter! Bericht an die Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Breslau, Trebnitzer Straße 50, über die Aktionen der Reaktion in Schlessien und Oberschlessien.

Von Jena bis Leipzig.

Von Wilhelm Pieck.

men." Er „macht die einen revolutionsgeduldig, die anderen revolutionslustig.“ Der Sieg des Faschismus, wenn er eintreten würde, enthält so sicher „die Keime der proletarischen Revolution in sich“, wie ihn der Sieg Louis Bonapartes enthielt.

Aber der Sieg des Faschismus in Deutschland ist keineswegs sicher, und wir haben ihn keinesfalls mit fatalistischem Glauben entgegenzusehen. Wenn das Aufkommen des Faschismus den Niedergang der Sozialdemokratie und die von ihr bedingte momentane Ohnmacht der Arbeiterklasse wiederpiegelt, entscheidend in die Geschichte Deutschlands einzugreifen, so wird der Kampf gegen den Faschismus in erster Linie der Kampf um die Aktivierung der Arbeiterklasse, um ihr Heranzuführen an ihre geschichtliche Rolle sein müssen. Sobald die deutsche Arbeiterklasse aus ihrer Lähmung durch das sozialdemokratische Gift erwachen wird, wird der Spuk des Faschismus sich auflösen, werden die Kleinbürgerlichen Massen, eine neue Wendung zum Proletariat machen, das endlich nach Abstreifung letzter demokratischer Illusionen, reif geworden sein wird für die Führerrolle, zu der es im November 1918 noch nicht reif war.

Ob der Faschismus in Deutschland siegen wird, das hängt also in entscheidender Weise von dem Tempo ab, in dem wir Kommunisten verstehen, auf unierer, die revolutionäre Weise, den Bankrott der Sozialdemokratie zu beschleunigen und zu liquidieren und die proletarischen Massen aus der Erharrung zu lösen, in der die sozialdemokratische Führung sie gebannt hält.

Die Stunde des Kampfes schlägt.

Vor einem Putz der bayerischen Faschisten.

Freitag, den 26. Januar hat die bayerische Regierung über Südbayern den Belagerungszustand verhängt. Angeblich um den Putz Hitlers zu verhindern.

Es steht jetzt fest: Die Verhängung des Belagerungszustandes in Bayern wegen des Parteitag der Nationalsozialisten war ein tödlicher Tritt. Der Belagerungszustand wurde verhängt über die Arbeiterklasse zugunsten der Faschisten. Die bayerische Regierung behauptet zwar, sie habe den Belagerungszustand verhängt, weil Hitler auf seine provokatorischen Demonstrationen nicht verzichten wollte. Hitlers Versammlungen wurden verboten. Verbote wurden aber auch die Versammlungen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften. Dieses Verbot bleibt bestehen. Ebenso das Verbot der kommunistischen Presse.

Hitler aber hat freie Hand. Zunächst wurden ihm von den 12 gestrichelten Versammlungen 6 zugeordnet. Die Faschisten aber halten alle zwölf Versammlungen ab. Ebenso wird die Massenweise mit den bewaffneten Demonstrationen stattfinden.

Der „Bläuliche Beobachter“ wurde beschlagnahmt, dann aber wieder freigegeben.

Von allen Seiten lauten Faschistentrupps in München ein. Von dort wird gemeldet, daß Hitler bereits über 12000 bis 14000 Mann Bewaffneter verfügen kann. Im ganzen Reich gibt es Werbungen finden statt. Mobilisierte Faschisten fahren auf Umwegen nach dem Westen sowohl als nach Bayern. Die Faschisten glauben, München und Bayern überzupeln zu können, um dann nach dem Norden, nach Sachsen und Thüringen vorzuziehen.

Die bayerische Regierung „berät“ über die Lage.

Die Arbeiter aber müssen rüsten zur Abwehr und zum Gegenangriff. Die Stunde des Kampfes schlägt. Seid bereit!

Faschistische Mobilisation im Reich.

Die „Deia“ meldet: Aus allen Teilen Deutschlands kommen Meldungen, die, wenn sie sich bewahrheiten, für die Zukunft eine außerordentliche Gefahr in sich bergen. Aus München, Hannover, Hamburg und aus Berlin selbst wird gemeldet, daß sich zahlreiche Trupps von jungen Männern freiwillig zu den Waffen melden, und in die Reichswehr eingezogen werden wollen. Es wird erklärt, daß getreu auf dem Lehrtat Bahahof 3000 Mann eingetroffen sein, die nach Stralburg überführt und dort in der Reichswehr untergebracht sein sollte. Von nationalen Verbänden soll an die Regierung das Ansuchen gerichtet worden sein, diesen Freiwilligen die Aufnahme in die Reichswehr zu ermöglichen und sie zu bewaffnen. Die Reichsregierung hat dieses Ersuchen abgelehnt. Wie verstanden, sollen nun die rechtsergriffenen Verbände die Unterbringung dieser Leute in der Umgebung von Berlin, sowie ihre Bewaffnung selbst in die Hand genommen haben. Weist größer soll die Zahl der Freiwilligen in Münster sein, wo sie auf 10000 Mann geschätzt werden. Aus Hamburg wird die Gründung eines „Deutschen Bundes“ gemeldet, aus dessen Kartell hervorgeht, daß er zu dem Zweck des nationalen Verteidigungskrieges gebildet worden ist.

In Erfurt sollen in Reichswehr und Reichswehr neue Trupps in der Aufstellung begriffen sein. Es sind dort in großem Umfang Selbstschutztruppen eingetroffen. In Regensburg werden in den nächsten Tagen 4000 Mann erwartet, in Weidach soll für 6000 Mann Quartier gemacht worden sein.

In Münster und Hannover sind am 22. und 23. Januar, abends, Flugblätter und Mittel für den Eintritt in das Heer verteilt worden. Die sich Meldenden sollen Freiwilligen nach Königsberg oder Altpreußen erhalten haben. Ein bewaffneter Transport ist auf dem Bahnhof Charlottenburg beobachtet worden. Artillerie-Meldungen kommen aus dem Rheinland und aus Mitteldeutschland, von wo ebenfalls viel junge Leute zum Teil unter Führung nationaler Führer, in den Tagen nach Bayern gehen werden sind.

Zwischen dem Jenaer und Leipziger Parteitag liegt eine Zeitspanne von 17 Monaten. Der von der Parteizentrale vorgelegte umfangreiche Jahresbericht zeigt, daß in dieser Zeit von der Partei eine gewaltige Agitationsarbeit zur Aufrechterhaltung der proletarischen Massen, zur Erzeugung und Stärkung ihres Kampfeswillens und zur Herbeiführung einer einheitlichen Kampfweise geleistet worden ist. Ausgesprochen sind durch politische Kampagnen, die aus Anlaß der wachsenden Deutungs- und Steuerdrucks, der Unternehmerrückentwicklung, der Arbeitslosigkeit und der Verhinderung der Konterrevolution geführt wurden, die Massen zum Kampf angeleitet worden. Insbesondere wurde versucht, zur Abkehr von den den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern betriebenen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitiken zu veranlassen, die sich nur zum Nutzen der Bourgeoisie und des Unternehmertums und zum größten Schaden der Arbeiterschaft auswirkten. Die Partei hat in diesen Kampagnen den Massen die Augen geöffnet, die sie gegen sie hatten, wenn sie sich vor weiterer Verelendung und Knechtung bewahren wollten. Die Erlangung der Sachverhalte unter Arbeiterkontrolle, die Einführung von Kontrollausschüssen gegenüber dem Wucher und für die Kontrolle der Produktion und der Preisfestsetzung und die Schaffung einer Arbeiterregierung waren die wesentlichen Forderungen, um die die Partei veruchte, die Massen zu einer einheitlichen Kampfstrategie zu bringen. So stark auch der Einfluß der kommunistischen Partei auf die Massen in diesen Kämpfen gewachsen ist, so hat er doch noch nicht ausgereicht, um die Massen in wirkliche Kämpfe einzuführen. Aber von Tag zu Tag erkennen die Massen mehr und mehr, daß nur durch die Kämpfe ihre wirtschaftliche Lage sich endlich bessern und eine weitere Verflüchtigung sich hindern läßt. Durch die eifrige Agitationsarbeit unserer Fraktionen in den Betrieben und Gewerkschaften hat die Partei eine immer härtere Verbindung mit den proletarischen Massen bekommen. Durch Aufrufe, Flugblätter und große Kundgebungen wurde die Vorbereitung für den revolutionären Kampf unternommen.

Gegen die einseitigen Kampagnen hat die Partei während des ganzen Jahres einen Kampf um die Befreiung der politischen Arbeiterklasse gegen die Auslieferung und Ausweitung der deutschen Republik und gegen ihre schamlose Klassenjustiz geführt. In umfassender Weise wurde während des ganzen Jahres die Hungerhilfe für Sowjetrußland betrieben, die in der letzten Zeit in die Produktionshilfe umgewandelt worden ist.

Der zunehmende Einfluß der kommunistischen Partei auf die Massen kommt sehr stark zum Ausdruck in den wachsenden Reihen der Partei bei allen Wahlen, die in dieser Periode stattfanden, erzielt hat. Gegenüber steht bei den meisten Wahlen ein außerordentlich starker Stimmrückgang der SPD und der KPD. Auch die Vereinigte SPD hat bei den Wahlen, die sich der Verhängung stehenden Reichstagswahlen gehalten. Allerdings steht dem Gewinn der KPD und dem Verlust der SPD ein erheblicher Stimmrückgang der Reichsparteien gegenüber. In dieser Entwicklung kommt die Einwirkung zum Ausdruck, die das Kleinbürgertum und die Arbeiter an der Koalitionspolitik der SPD erlebt haben. Die Kleinbürger gehen wieder zurück zur Reaktion, und die Arbeiter wenden sich der kommunistischen Partei zu. So steigern sich die politischen Gegensätze zwischen der Konterrevolution, die in der nationalsozialistischen Bewegung besonders zum Ausdruck kommt, und der Arbeiterbewegung, die von der kommunistischen Partei geführt werden. In diesen Kämpfen stehen die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer auf der Seite der Konterrevolution, und durch eine verlogene Propaganda der Konterrevolution wird die Partei vom revolutionären Kampf abgelenkt.

Generalfreie in München?

Die Lage in München ist unverständlich. Es strömen große Menschenmassen nach den Versammlungsorten. Die Regierung hat wieder über die Lage beraten. Ebenso haben die Gewerkschaften, sowohl die freien, wie die christlichen Gewerkschaften eingehende Besprechungen abgehalten. Was es heißt, planen die Gewerkschaften einen sofortigen Generalfreie ins Werk zu setzen, der auch die lebenswichtigen Betriebe umfassen soll.

Belagerungszustand in Gera.

Über Gera Stadt und Landkreis in der Ausnahmestellung verhängt worden. Ein in Gera eingehender Trupp Hochbatterie war ein geschlossener Transport von 343 jüngeren Männern mit 40 Offizieren. Eine Anzahl dieser Leute war mit Revolvern und anderen Waffen ausgerüstet. Auf Anordnung des Reichskommissars für öffentliche Ordnung werden sie sich einer eingehenden Vernehmung zu unterziehen haben.

Attentat auf Mussolini?

Ein Telegramm aus Leipzig meldet: Nach amtlicher Mitteilung ist der italienische Ministerpräsident Mussolini von einer Zeitsung erkrankt. Zwei Nachrichten aus Rom in die Krankheit singiert. Gegen Mussolini wurde am Mittwochabend ein Bombenanschlag verübt, als er mit seinem Auto nach Hause fuhr. Der Charakter wurde getötet und Mussolini verletzt. Die italienische Regierung unterdrückt alle Nachrichten hierüber.

Bei der überaus scharfen Zensur, die in Italien ausgeübt wird, und die sich nicht nur auf die Zeitungen, sondern sogar auf jeden Brief erstreckt, der ins Ausland geht, sind wir nicht in der Lage, diese Meldung auf ihre Zuverlässigkeit zu prüfen. Aber eine gewisse unrichtige Nachrichtenlage für ein solches Ereignis liegt durchaus vor. Die Nachrichten können freilich nicht in den Reihen der revolutionären Arbeiterkraft zu finden, sondern viel eher unter den zahlreichsten faschistischen Elementen selbst. Denn in Italien herrscht zurzeit in den faschistischen Organisationen die wildeste Verwirrung. Was man prophezeien konnte, ist eingetroffen. Die wichtigsten Verbände haben den Staatsstreich Mussolinis vor allem als Stimm auf die Faschisten bekräftigt, und die Regierung ist nicht wachsam, alle Bedrohungen und Anschläge dieser Herrschenden zu beschleunigen. Mussolini ist genötigt, eine faschistische Organisation nach der anderen aufzulösen. Kürzlich hat dieses Schicksal sogar den faschistischen Bereich in Lucca betroffen. Einmalige Zusammenkünfte von Faschisten sind an der Tagesordnung. So hat der Faschist Faschistenverfallung Deutscher den Bernauer Faschisten, Genoa, zum Ziel gemacht. Zur selben Zeit haben sich wachsende Konkurrenzverhältnisse in Italien abgezeichnet. Die Faschisten auf der einen Seite und den immerwährenden faschistischen-revolutionären Verbänden auf der anderen Seite, den Nationalisten, Republikanern, Faschisten, Sozialisten etc. Gleichzeitig tritt die Regierung vor jeder selbständigen Bewegung des italienischen

In drei allgemein durchgeführten Werbemethoden wurde eine wesentliche Steigerung der Mitgliederzahl und der Parteigrößen erreicht. Die Mitgliederzahl betrug nach den Abrechnungen vom September 1922 in 2481 Ortsgruppen 191845 männliche und 26710 weibliche, insgesamt 218555 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahre hat die Partei eine Zunahme von 38112 Mitgliedern zu buchen. Die Sozialdemokratie verlor demgegenüber nach den Angaben ihres Jahresberichts bis zum März 1922 46954 Mitglieder. Die Mitgliederzahl ist seit dieser Zeit noch in bedeutend größerem Umfange eingetreten. So teilt die Berliner Organisation der SPD mit, daß sie allein nach dem Vereinigungsparteitag im September an alten SPD-Mitgliedern 700 verloren hat, und daß nur 50 Prozent der SPD-Mitglieder zur SPD übergetreten sind. Die Erhöhung unserer Mitgliederzahl ist besonders deshalb bemerkenswert, weil sie erfolgte bei einer von Monat zu Monat außerordentlich starkem Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt jetzt für Februar in Berlin bei der SPD 100 Mark, bei der KPD 600 Mark. Auch in der Entwicklung der Abonnementziffern kommt der Rückgang der Sozialdemokratie und der Fortschritt der KPD zum Ausdruck. Der „Vorwärts“ in Berlin hat infolge der Koalitionspolitik der SPD einen geradezu katastrophalen Rückgang an Abonnenten erlitten, während es der kommunistischen Partei gelungen ist, trotz der fortgesetzten Erhöhung der Bezugspreise nicht nur ihren Abonnementstand zu halten, sondern bei einzelnen Blättern sogar wesentlich zu erhöhen.

Die Berichte der Abteilungen der Zentrale: Gewerkschafts-Abteilung, Abteilung Land, Frauen-Reichssekretariat, Genossenschafts-Abteilung, Kommunalpolitische Abteilung, bestatigen ebenfalls, daß die Agitation in den Betrieben, in den Gewerkschaften, unter den Frauen und der Jugend außerordentliche Erfolge gebracht haben.

Aber bei allen Erfolgen, die die Partei erzielt hat, bestehen in ihrer Arbeit doch noch große Mängel, die abzustellen, die wichtigste Aufgabe der Partei sein muß. Es gilt, jeden einzelnen Genossen zur Arbeit für die revolutionäre Bewegung heranzuziehen, insbesondere jeden Genossen zu verpflichten an der Fraktionsarbeit in den Ortsgruppen und Betrieben sich zu beteiligen. Die Organisation bedarf noch sehr des technischen Ausbaues und der finanziellen Unterstützung. Insbesondere gilt es aber, die politische und wirtschaftliche Schulung der Genossen mit aller Kraft zu betreiben. Durch die Einführung einer besonderen Abteilung für Bildung und Propaganda in ein Reihe der Betätigung versucht worden, dem bestehenden Mangel durch die Aufstellung von zwei Parteischulen, durch Bezirkskulturen und durch Wandertourneen abzuwehren. Die Erzielung der Bildungsarbeit, die eine wesentliche Aufgabe ist, als die der Sozialdemokratie, machen sich schon bemerkbar, aber sie reichen nicht aus, und muß mit aller Kraft gesteigert werden. Eine umfassende Literatur ist von der Partei und von der kommunistischen Internationale für die Schulung der Genossen herausgegeben worden, und auch die von der Partei herausgegebenen Zeitungen wirken in der gleichen Richtung. Es muß durchgeführt werden, daß die Genossen, sich diese Schätze aneignen, um so das Rüstzeug zu erhalten, mit dem sie in den vordersten Reihen des Proletariats kämpfen müssen, um es zum Siege zu führen. Der Parteitag in Leipzig wird die Maßnahmen zu beschließen haben, durch die die bestehenden Mängel in der Partei abgestellt und die Werbe- und Kampfrüstung gesteigert wird. Die politische Situation zwingt die Partei zu starker Aktivität, um die proletarische einheitliche Kampfstrategie des deutschen Proletariats herbeizuführen und darüber hinaus das erste Kampfbündnis mit den Proletariats aller kapitalistischen Länder.

Proletariats. Besonders argwöhnisch verfolgt man die Mieterbewegung, die gegenwärtig einen weiten Umfang genommen hat. Ein Mieterstreik, der in Rom stattfinden sollte, ist von Mussolini verboten worden.

Das Strassburger Proletariat gegen die Polizei Poincares.

Wie aus Strassburg gemeldet wird, fand dort eine Kienerversammlung statt, die gegen die Verhaftung des Genossen Hübner und gegen Poincares Gewaltpolitik im Ruhrgebiet protestierte. Im Namen der KPD referierte Genosse Tommasi, für den Roten Gewerkschaftsbund Genosse Olive. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der es heißt: „Die Versammelten sprechen ihrem bewährten Führer Hübner das volle Vertrauen aus, verurteilten entschieden die unter laienlichen Vorwand vorgenommenen Verhaftungen und geloben, mit allen Mitteln zu kämpfen gegen eine Wiederholung der nationalen Lüge von 1914.“ Nach Schluß der Versammlung zog eine tausendköpfige Menge unter dem Gelang der Internationale über den Kleberplatz.

Schleifische Hundschau.

Nationalismus und Arbeiterverrat!

In der Nummer 23 unserer Zeitung veröffentlichten wir einen Aufruf des Oberpräsidiums über die „Schleifische für das Ruhrgebiet“. Wie wir jetzt noch erfahren, handelt es sich bei dem zu vorliegend unterzeichneten „Deutschen Gewerkschaftsbund“ um keinen anderen als um den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Wir hatten es nicht für möglich gehalten, daß die Gewerkschaftsbürokraten schon so tief gesunken sind, daß sie sich nicht scheuen, die nationale Einheitsfront mit dem „Schleifischen Landhund“, mit dem Zentralverband der Schleifischen Industrie und gar mit der Zentralfeder der Schleifischen Arbeitgeberverbände herzustellen. Die Führer haben sich damit mit den Kapitalisten, mit ihren schlimmsten Schornsteinorganisationen, in eine Front gestellt. Das heißt ihrem Verstand die Krone auf. Für jeden Arbeiter ist es klar, daß er nicht gemein haben darf mit dieser Einheitsfront der Kapitalisten und Gewerkschaftsbürokraten. Den wahren Sinn des geschlossenen Paktes verrät die „Schleifische Bergwacht“, die unvorzüglich genug ist, den Aufruf unter der fetten Schlagzeile: „Ein Einheitsfront für die Ruhrhilfe“ zu veröffentlichen. Darum also wird gefordert: Man will den Arbeitern das sauer erworbene Geld aus der Tasche loden, während die Kapitalisten durch die Ruhrbeschleunigung ein glänzendes Geschäft machen (siehe Kurs der westdeutschen Montan-Aktien). Schon geht der Gewerkschaftsführer daran, für die Eintreibung der Gelder zu sorgen. In Waldenburg, in Langenbielau, in Breslau, überall reichen sie ihre Hand zu dem trübseligen Spiel und sind schon los genug, für den nationalitätlichen Ruhrkampf den Achtundzwanzigsten zu durchbrechen. Einig und geschlossen muß sich das Proletariat diesem Treiben entgegenstellen. Die Parole der Arbeiterschaft in diesen Tagen lautet: **Schützen zu und Augen auf!**

Eine verpuffte Staatsaktion.

Er kam, sah und — wurde naß ...

Der Breslauer Staatsanwalt hat im August 1922, wie unsern Lesern noch erinnerlich sein wird, wieder einmal eine große Staatsaktion gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ unternommen. Die Nr. 189 unseres Blattes wurde wegen dem darin verfaßten Gedicht „Er kam und sah und wurde naß“ anlässlich des Ebert-Besuches zur Gerhardt-Hauptmann-Feier beschlagnahmt und für 8 Tage verboten. Die Staatsanwaltschaft erhob ferner Anklage wegen dem in Nr. 190 veröffentlichten Artikel, „Stinnes, Ebert u. Co. Außerdem sollte sich der damals verantwortlich zeichnende Redakteur, unser Genosse Jshocher, noch wegen einer 3. und 4. Uebeltat verantworten und zwar deshalb, weil er die gegenwärtige Republik als Schieberrepublik bezeichnet hatte und weil er außerdem in einer Besprechung über die Gerhardt-Hauptmann-Feier das Wirken der Ebert-Äbte als Arbeiter-Vertreter in der Regierung mit einem Zitat aus „Florian Meyer“ in Parallelen brachte.

Genosse Jshocher wurde vor einigen Monaten vom Schöffengericht wegen dieser „Verbrechen“ gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu 4 Tagen Gefängnis und 400 Mk. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten sowohl der Staatsanwalt als auch Genosse Jshocher Berufung eingelegt. Es fand daher am 27. Januar erneut Verhandlung vor der Strafkammer statt. Die besagten Artikel als auch das gefährliche Gedicht wurden bei der Strafkammerverhandlung nochmals verlesen und Genosse Jshocher erklärte, daß er keine strafbaren Handlungen begangen und insbesondere nicht das Gesetz zum Schutze der Republik verletzt habe. Er habe nie behauptet, daß die leitenden Minister in der Republik Schieber seien, sondern die Bezeichnung Schieber-Republik sei deshalb gewählt worden, weil die Regierung nichts Ernsthaftes getan habe, um das Schieberunwesen zu beseitigen. Auch in dem Artikel Stinnes, Ebert u. Co. seien keinerlei Beschimpfungen enthalten. Es sei nur zum Ausdruck gebracht worden, daß sowohl die stinnesierte „Breslauer Zeitung“, als auch die „Volkswacht“ Herrn Ebert für sich in Anspruch nehmen. Der Artikel bezwecke, den Arbeitern zu beweisen, daß die SPD. sich mit Herrn Stinnes in eine Front begeben habe. Was das beanstandete Gedicht anbelangt, so habe der Verfasser nur darauf hingewiesen, daß Herr Ebert, die Klasse, aus der er hervorgegangen sei, verraten habe. Das Gedicht richtete sich nicht gegen Ebert in seiner Eigenschaft als Reichspräsident, sondern gegen den einmaligen Arbeiter Ebert, der früher selbst dagegen gekämpft habe, daß die Monarchen durch Ehrentompagnien usw. empfangen wurden; der sich aber jetzt nicht scheue, diese monarchistische Gebaren nachzuahmen. Nicht er (Jshocher) habe durch die Veröffentlichung des Gedichtes die Republik verhöhnt, sondern wenn von einer Verhöhnung der Republik überhaupt die Rede sei, so kann man höchstens Herrn Ebert den Vorwurf machen, daß er durch den besagten Empfang die Republik verächtlich gemacht habe. Das Gedicht sei lediglich satirischen Inhalts, enthalte keinerlei Beleidigungen und Beschimpfungen. In wilhelminischen Zeiten seien geltonne Häupter ebenfalls satirisch behandelt worden, ohne daß eine Anklage erfolgte. Er beantrage daher seine Freisprechung.

Der Staatsanwalt führte aus, daß zweifellos Beleidigungen und Beschimpfungen der Republik vorliegen und das Schöffengerichtsurteil zu milde sei. Die Milde sei bei der ständigen Hege der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ gegen die Regierung nicht angebracht. Eine Geldstrafe von 400 Mark, sei bereits vergangenen Sommer anlässlich der damaligen Valutaverhältnisse zu gering

gewesen und entspreche heute überhaupt nicht dem gesamten Geldwert. Er beantrage daher einen Monat Gefängnis und 50 000 Mk. Geldstrafe. Genosse J. wies in sofortiger Entgegnung darauf hin, daß die Ansicht des Herrn Staatsanwalts abwegig sei. Die Beurteilung des Strafmaßes könne doch nicht abhängig von den jeweiligen schwankenden Valuta-Verhältnissen gemacht werden. Die Ausföhrung, daß die Mark ins Ungemessene entwertet werde, seien ebenso stark wie das baldige Eintreten der Arbeiterregierung. Wenn sich diese würde die Logik des Staatsanwaltes zu eigen machen, und das Strafmaß ebenso wie dieser mit der Valuta in Verbindung brächte, dann dürfte das Bürgerturn erschrecken, denn es könnte nur noch als höchste Strafe die Todesstrafe verhängt werden.

Rechtsanwalt Simon, der Verteidiger des Angeklagten, untertrich die politischen Argumente des Genossen Jshocher und zerpflückte das Anklagebucquet. Er wies zunächst darauf hin, daß das Gesetz zum Schutze der Republik ein Ausnahmegesetz sei und wie alle Ausnahme-gesetze ein Uebel darstellen. Das Gesetz stelle nicht Beleidigungen, sondern Beschimpfungen der Regierungsglieder und der republikanischen Staatsform unter Strafe. Beleidigungen stehen hier nicht zur Beurteilung. Es sei auch keinerlei Strafantrag wegen Beleidigung erfolgt.

Was sei aber eine Beschimpfung? Das Gesetz zum Schutze der Republik enthalte darüber keine näheren Ausführungen. Man müsse daher auf das Straf-gesetz zurückgreifen, um den Begriff Beschimpfung zu definieren. Eine Beschimpfung müsse eine ganz besonders hohe und unfähige Form der Beleidigung sein. In dem 4. Art. könne aber keineswegs eine Beschimpfung vorhanden sein, höchstens eine Verunglimpfung. Der Ausdruck „Schieberrepublik“ sei so zu deuten, wie der Angellagte bereits ausgeführt habe, und er müsse ihm darin durchaus zustimmen; denn in keinem Lande der Welt haben die Börsenschieber und Wucherer das Volk so geschädigt, wie in Deutschland. Was den Artikel „Stinnes, Ebert u. Co.“ anbelangt, so habe der Angellagte nicht nur das Recht gehabt, sondern die Pflicht, als Kommunist auf die Harmonie zwischen Stinnes und Ebert hinzuweisen. Ob das erwähnte Gedicht geschmackvoll oder nicht sei, stehe nicht zur Beurteilung. Es enthalte keinerlei Beschimpfungen, sondern bringe nur zum Ausdruck, daß Ebert aus kleinen Verhältnissen hervorgegangen, früher Arbeitervertreter war, jetzt aber Ehrentompagnien aufsetzen lasse und seine frühere Politik verleugne. Er verleihe nicht, daß solch eine harmlose Satire in der angesehensten „Freiesten Republik der Welt“ verboten sein soll, und beantrage Aufhebung des Schöffengerichtsurteils und Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht schloß sich nach kurzer Beratung den Ausführungen des Angeklagten und Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung. Das Urteil wurde u. a. auch damit begründet, daß der Angellagte als Kommunist überzeugter Republikaner sei, und es ihm fern gelegen habe, die Republik als Staatsform herabzusetzen.

Mit diesem Urteil hat die Strafkammer jene WSPD-Denunzianten, welche den Staatsanwalt gegen unsere Genossen hetzten, beschämt. Der Freispruch des Genossen Jshocher bedeutet eine schallende Ohrfeige für die Ebertdiener vom Schlage des Herrn Zimmer, die sich von einem bürgerlichen Gericht erst darüber belehren lassen müssen, daß die Kommunisten keine Gegner der republikanischen Staatsform sind. Die Ebertdiener sind diesmal die blamierten Europäer. Sie kamen, sahen und wurden naß.

Gewerkschafts-Bewegung.

Ausbeutung schlimmer Art bei der Firma W. Jacobowitz & Co., Anzeigen- und Kellner-Verlag, Breslau, Alexistrafte 2.

Bei dieser genannten Firma, die ihr Geld dadurch verdient, daß sie Agenten für sich arbeiten läßt, die ihr die Gewinne einbringen, ohne daß die Firma auch nur die geringste Mühe dabei hat, sind zwei Kontostellinnen beschäftigt. Einer schon seit längerer Zeit im Handelsfach beschäftigten Buchhalterin, die bei der Firma Jacobowitz die Abrechnungs- und Buchführungsgeschäfte selbständig erledigt, zahlt diese saubere Firma einen Monats Gehalt von 8000.— Mark (in Worten achttausend Mark), das sind 8 x 26 Lebensspennige = 208 Mark. Einer zweiten Kontostellin, die von der Firma als „Lehrmädchen“ bezeichnet wird, bezahlet ein Monats Gehalt von sage und schreibe 750.— Mark, also 10,5 Pfennige!

Die Gewerkschafts-Abteilung unserer Partei hielt es für unmöglich, daß selbst Parasiten überlebensartiger eine so bodenlos gemeine Ausbeutung fertig bringen. Sie richtete deshalb an die Firma Jacobowitz die Anfrage, ob diese ungläublichen Angaben auf Wahrheit beruhen. Die Firma bewahrte jedoch ihr Ausbeutergesicht. Ungeleitet gab sie zur Antwort, das ginge die Partei nichts an. Gleich nach dieser bestinnten Antwort schenkte der Herr Jacobowitz doch Beweismittel zu bekommen. Er trat erneut mit der Gewerkschafts-Abteilung unserer Partei in Verbindung und bat den Genossen Graf um eine persönliche Unterredung. Glaubt dieser Herr etwa, daß Kommunisten käufliche Subjekte sind, die man durch gute Worte, gute Bewirtung und vielleicht noch anderem davon abbringen kann, etwas in aller Öffentlichkeit zu sagen, was sie zu sagen für notwendig halten?

Jedenfalls bestätigt das Verhalten der Firma Jacobowitz voll und ganz die obigen Angaben. Die Firma hat es nicht gewagt, die Zahlen als falsch hinzustellen. Sie hat damit bewiesen, daß sie eine Ausbeuterrfirma schlimmster Sorte ist. Ja, mehr als das, die Firma ist skrupellos genug, um des Wohlergehens ihrer Inhaber willen, ihre Angestellten der Prostitution in die Arme zu treiben. Was soll denn ein Mädchen heute mit 8000.— Mark im Monat anfangen? Es entfallen auf die Woche zirka 2000.— Mark, was nicht dazu reicht, nur Brot und Margarine zu kaufen. Und wovon soll das „Lehrmädchen“ der Firma die Sockenstrümpfe bezahlen, die sie für Herrn Jacobowitz abläuft?

Wir glauben der Firma gern, daß sie der Meinung ist, daß die Sache unsere Partei nichts angehe. Wir sind aber der Ueberzeugung, daß diese Sache nicht allein unsere Partei, sondern die breiteste Öffentlichkeit angeht. Es wird Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen, wie der Behörden sein, dem gemeinen Treiben dieser Firma, das auf eine Unterstellung der Prostitution hinausläuft, ein jähes Ende zu bereiten.

Lohnbehandlungen im Schuhmachergewerbe. Ueber die eingereichten Lohnforderungen der Schuhmacher-Gehilfen fand zwischen den beiden Lohnkommissionen eine Verhandlung statt mit dem Ergebnis, daß ab 29. Januar auf die bestehenden Stundenlöhne ein Zuschlag von 50 Prozent erfolgt. Für Heimarbeiter erhöht sich der Zuschlag auf 15 Prozent.



Genosse! Werbe für Dein Partei-Organ!



Aus der Arbeiter-Sportbewegung.

14. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbunds. Kreiswettturnerturne.

Am Sonntag, den 21. Januar 1923 fand in Striegau die Kreiswettturnerturne des 14. Kreises statt. Kreisturnwart Turngen. Seewald, Breslau, eröffnete um 9 Uhr die Docturnerturne mit folgenden Uebungsstoff. 1. Vorbereitungen zu leichtathletischen Wettläufen. 2. Die Uebungen zu den Kreiswettläufen. 3. Frauenturnen. Zu Punkt 1 erläuterte Turngen. Seewald in eingehender Weise den Stilllauf, Hürdenlauf, Stabhochspringen und den Scheren-sprung. Auch hier sah man, daß sich die Turnwart's noch ein großes Feld zur Bearbeitung vorliegt. Diese Uebungen sind sehr gut empfohlen für den Winterbetrieb, damit man schon im Frühjahr gut gerüstet zu den Wettläufen antreten kann. Die Uebungen für die Kreiswettläufe müssen noch allerhand Schliff erfahren. Es liegt nun an Euch, Turnwart's! Lebt fleißig, damit wir im Bundeswettturnen den anderen Kreisen nicht nachsehen. Das Frauenturner behandelt Kreisturnwart Scholz, Breslau. Turngen. Scholz zeigte nun die verschiedenen Schritt-, Gang- und Hüpf-

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Er war ganz erfüllt von den Erinnerungen an Potaeffow, von der ersten Begegnung mit ihm, von der Egerie, in der er ihn würzte, und in der seine Hände von dem Speichel des Greises benetzt wurden. Aber indem Lunew alle diese Einzelheiten in seinem Gedächtnis wachrief, fühlte er weder Freude noch Reue — er schaute auf das Grab mit Haß, Erbitterung und tiefem Groll. Und schweigend, mit heißem Unwillen im Herzen, auf's Tiefste überzeugt von der Wahrheit seiner Worte, sprach er zu dem Kaufmann:

„Deinetwegen, Verfluchter, hab ich mein ganzes Leben zer-schmettert, deinetwegen, du alter Teufel! Was für ein Leben führe ich — um deinetwegen! Für alle Zeit hab ich mich an dir be-schmutzt.“

Wie Hammerschläge klangen in seiner Seele die Worte: „um deinetwegen.“ Er empfand den brennenden Wunsch, aus aller Kraft diese Worte hinauszufahren, damit alle sie hörten, und er vermochte diesen tollen Wunsch kaum zu bezähmen. Er biß die Zähne zusammen, daß es ihn schmerzte, und starrte und starrte in einem fort, und die Gedanken an sein Leben umloderten seine Seele wie Feuer. Vor ihm erschien das kleine, widerliche Gesicht Potaeffow's, und wie von ungefahr tauchte neben ihm der grimmige lahme Kopf des Kaufmanns Stroganow mit seinen roten Augenbrauen auf, und die selbstzufriedene Frage Potaeffow's, und der dumme Kriech- und das kumpfnäßige Gesicht Schrennow's mit den kleinen Augenlein — eine ganze Reihe von Bekannten. In seinen Ohren klang ein Säusen, und es war ihm, als ob alle diese Menschen ihn umringten und einzwängten und unaufhaltsam gerade auf ihn eindrängen.

Er trat vom Baume weg — und die Mühe fiel ihm vom Kopfe. Als er sich niederbeugte, um sie aufzunehmen, ver-suchte er nicht, die Augen von dem Denkmahl des Geld-liebens und Heblers Potaeffow abzuwenden. Es war ihm so häßlich und so übel, das Blut drang ihm ins Gesicht, und die Augen schmerzten ihm von dem unterwürdigten Schauen. Nur mit großer Anstrengung vermochte er sich von dem Grabstein loszureißen, trat dann dicht an das Gitter heran, hielt sich mit den Händen an den Eisenstäben fest und bebend vor Haß wie er auf das Grab.

Als er es verließ, trat er so schwer auf die Erde auf, als wollte er ihr mit seinen Fußstapfen wehtun. Er hatte keine Lust, sich heute zu gehen, auf seiner Seele lag es wie eine schwere Last, und ein fröhliches, lüft-

Mißbehagen würgte ihn. Er ging langsam, ohne zu denken, ohne jemand anzuhäuten, oder sich für etwas zu interessieren. Als er ans Ende der Straße kam, bog er mechanisch um die Ecke, ging noch ein Stück und erkannte, daß er sich nicht weit von der Ebene des Petruschka-Silimonow's befand. Er gedachte Jafow's, und als er am Eingang des Silimonow'schen Hauses war, schien es ihm, daß es ganz angebracht wäre, dort einen Besuch zu machen, wenn er auch keine allzu große Lust dazu empfand. Als er die Hintertreppe hinaufging, hörte er schon von weitem Verfluchts Gimmern.

„Ach ja, ihr guten Leuten, verflucht nur mich armen Teufel, zerbrechet mir die Rippen nicht.“

Lunew stand in der offenen Tür, mitten durch eine Wolke von Staub und Zigarettenqualm sah er Jafow hinter dem Büfett stehen. Olatt gekipelt, in einem Rock mit gestutzten Schößen und kurzen Ärmeln, ließ Jafow ihn und her, schüttelte den Sec in die Zeecken, zählte die Stüchchen Zucker ab, goß Branntwein ein und hantierte geräuschvoll mit der Geld-lasse herum. Die Kellnerburschen liefen zu ihm hin und riefen, indem sie die Marken auf das Büfett warfen:

„Eine halbe Flasche! Einen Krug Bier! Für einen Zehner Brautleib!“

„Er hat's schon gelernt“, dachte Lunew mit einer gewissen Schadenfreude, als er sah, wie flink die roten Hände seines Freundes in der Luft herumfuhren.

„Na, den halben Rubel will ich ihm nicht vergessen!“ brüllte irgend jemand mit lauter, grimmiger Stimme.

„Ach!“ rief Jafow freudig überrascht, als Lunew an das Büfett trat, und schaute unruhig nach der Tür, die zu dem Wohnzimmer führte. Seine Stirn war ganz von Schweiß bedeckt, und auf den gelben Wangen waren rote Flecke sichtbar. Er ergriffte Jafow's Hand und schüttelte sie, wobei er trocken hustete.

„Was treibst du?“ fragte Lunew, indem er sich zu einem Nachhaken zwang.

„Du siehst ja, ich bin hier im Geschäft.“

„Haben sie dich doch ins Joch gespannt?“

„Was soll man machen?“

„Mamachen! Darf ich auf eine Minute bitten?“

„Ja, trat in die kleine Kammer, die er einst gemeinsam mit dem Onkel bewohnt hatte, und betrachtete sie aufmerksam. Sie war nur wenig verändert — die Tapeten waren dunkler geworden, statt zweier Betten war jetzt nur eins darin, und darüber war ein Bücherregal angebracht. An der Stelle, wo früher Jfa geschlafen hatte, befand sich jetzt ein hoher, plumper Kasten.

„So — jetzt hab ich mich auf ein Stündchen freigemacht!“ rief Jafow, vor Freude strahlend, als er eingetreten war und den Hafen an der Tür vorgelegt hatte. „Willst du Sec trinken? Ja?“ — „Heda, Jwa — an! See!“

Er begann zu husten und hustete lange, indem er sich mit der Hand gegen die Wand stützte, den Kopf vorbeugte und mit gekrümmtem Rücken so da stand, als ob er irgend etwas aus seiner Brust herausstoßen wollte.

„Bleibst ja nicht schlecht!“ sprach Lunew.

„Ich freude so bin. Wie froh bin ich, daß ich dich wieder mal sehe! Wie sauber, wie schön du aussehest! Na, wie lebst du denn?“

„Wie ich lebe?“ verfechte Lunew zögernd. „Es macht sich, und du?“

Lunew hatte keine Lust, von sich zu sprechen, oder überhaupt viel zu reden. Er blickte auf Jafow, und als er den Freund so ausgemergelt sah, hatte er Mitleid mit ihm. Aber es war ein kaltes Mitleid — ein unhaltbares, leeres Gefühl.

„Ach, Bruder, trage mein Schicksal, so gut ich kann“, sprach Jafow halblaut.

„Dein Vater hat dir das Blut ausgelogen.“

„Na, jetzt ist er ja selbst gehörig in die Klemme geraten.“

„Ist ihm schon recht!“

„Jetzt hat die Stiefmutter das Kommando im Hause! Was sie sagt — das ist Gesetz!“

„Was brauchst du einen Rubel, Kind?“

Ruß lieber mich umsonst geschwend!“

lang hinter der Wand Versteckt zu seiner Harmonika.

„Was für ein Kasten ist denn das?“ fragte Jfa und zeigte auf das merkwürdige, plumbe Möbelstück, das an der Wand stand.

„Das ist ein altes Harmonium“, sagte Jafow. „Der Vater hat es für mich gekauft, vier Rubel hat er dafür bezahlt. Denn darauf spielen“, sagte er — „Später kauf ich ein neues für dreihundert Rubel, das stellen wir in der Gaststube auf, und du kannst den Gästen was vorspielen. Denigstens einen Rubel wird man von dir haben.“ Sehr schlau, nicht wahr? Jetzt sind in allen Schönen Instrumente, nur bei uns nicht. Und es macht mir Spaß, darauf zu spielen.“

(Fort. folgt)

arten. Auch auf diesem Gebiete müssen wir Turner noch viel lernen und üben und unser Interesse dafür einsehen. Am 1. Uhr schloß Turner, Seemald die Besprechung. Vertreten waren 25 Vereine mit 49 Teilnehmern. Nach einstündiger Mittagspause leitete Kreisturnwart Seemald die Sitzung ein mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht, 2. Veranstaltung, 3. Wahlen, 4. Verschiedenes. In Punkt 1. gaben die beiden Kreisturnwarts die Berichte von 1922. Hieraus ersah man, daß der 14. Kreis auf dem besten Wege ist. Trotz alledem werbt und arbeitet auch weiterhin für den 14. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Punkt 2. Am 9. bis 11. Juni findet in Hirschberg ein Sport-Spektakel statt. Die Ausschreibungskämpfe für den Bund finden am Sonntag in Haynau statt. Meldeschluß am 15. März. In Punkt 3. wurden die beiden Turnwarts einstimmig wiedergewählt. Im allgemeinen wurden keine Anfragen erledigt. Besonders wurde es den Bezirksturnwarts ans Herz gelegt, die Kampfrichterfrage etwas mehr zu behandeln. Mit einem kräftigen Applaus für die Arbeiterturn-Sportkämpfe schloß um 1 1/2 Uhr Kreisturnwart Seemald die Sitzung. Anwesend waren 62 Turner. Die meisten Teilnehmer, welche schon zeitig zur Bahn mußten, gingen mit dem Bewußtsein von Striegau, etwas neues gelernt zu haben. Nun liegt es an Euch, übt fleißig.

Frei - Heil Kurt Höfer.

Breslau.

Kotales.

Erhöhung der Grund- und der Gewerbesteuer.

Der Magistrat schreibt: Die Geldentwertung ist im Laufe der Zeit ständig fortgeschritten. Öffentliche und private Wirtschaft stehen unter ihrem Druck. Jedes die Stadt wird von ihr in noch größerem Umfang betroffen als Handel, Gewerbe und Industrie. Sie hat vornehmlich darunter zu leiden, daß sie, wie jede andere öffentliche Verwaltung, infolge ihrer vielstündigen Verantwortlichkeit gegenüber den Besitzern der Bevölkerung und der dadurch bedingten Schwerfälligkeit den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben fast nur sehr viel später und zumeist auch nur weit unzureichender herbeizuführen vermag als die beherbergenden Privatunternehmungen. Daraus folgte, daß das städtische Defizit trotz der nahezu vollständigen Deckung der auf persönlichen Gebiete entfallenden Mehrkosten während der seit Fälligkeit des Haushaltsplanes verstrichenen Monate mehr und mehr anwuchs. Heute bedauert sich der Fehlbetrag, der allein aus ungedeckten Mehrforderungen sächlicher Art entstanden ist, auf 1,279 Millionen Mark.

In Anbetracht dieser Sachlage sah sich der Magistrat vor die Frage gestellt, ob ein solch hohes Defizit in das nächste Rechnungsjahr übernommen werden könnte und sollte, oder ob dem nicht doch der Versuch einer wenigstens teilweisen Berichtigung durch Erhöhung der Realsteuern vorzuziehen ist. Er hat sich für den zweiten Weg entschieden und ist damit nur dem Beispiele der Handwerks- und der Handelskammer gefolgt, die bereits vor längerer Zeit in einer Nachtragsumlage eine Erhöhung der Beiträge durchgeührt haben. Demnach hat der Magistrat beschlossen, an die Stadtverordnetenversammlung mit einem Antrage herantrittend, der eine Festlegung der Grundsteuer auf 110 n. Tausend (bisher 10 n. T.) des gemeinen Wertes, der Gewerbesteuer auf 250 Prozent (bisher 20 Prozent) nach der besonderen Steuerordnung und der Betriebssteuer auf durchschnittlich 63,58 Prozent der staatlich veranlagten Steuer vorlegt. Der Magistrat verheißt sich nicht, wie schwer die Ausbeutung viele, ohnehin kaum leistungsfähige Kreise der Bevölkerung treffen muß. Er hat daher - zur Bermeidung besonderer Härten - vorgeschlagen, daß die erhöhte Grundsteuer für die Zeit vom 1. April bis 31. September nicht erhoben und daß bei der Gewerbesteuer von der Nachtragsumlage bei denjenigen Gewerbebetriebe, deren Betrieb nach dem 1. April 1922 eingestellt wurde, die Erhöhung der Grundsteuer auf 110 n. Tausend nur für den Zeitraum vom 1. April bis zum 31. September 1922 in Anspruch genommen werden soll. Er hat ferner vorgeschlagen, die Erhöhung der Grundsteuer auf 110 n. Tausend nur für den Zeitraum vom 1. April bis zum 31. September 1922 in Anspruch genommen werden soll. Er hat ferner vorgeschlagen, die Erhöhung der Grundsteuer auf 110 n. Tausend nur für den Zeitraum vom 1. April bis zum 31. September 1922 in Anspruch genommen werden soll.

Gedächtnisfeier zu Ehren der Revolutionsopfer im Schlegeltheater.

Der Bezirksbildungsausschuß der SPD. hatte, nachdem seine Bemühungen, diese Feier im Thalia-Theater oder Konzerthaus abzuhalten, gescheitert waren, am Freitagabend im großen Saal des Schlegeltheaters die diesjährige Gedächtnisfeier für unsere ermordeten Vorkämpfer veranstaltet. Durch die Sabotage der Theater- und Künstlerverbände fand die Feier erst verspätet statt. Der Bildungsausschuß war, wie immer, bestrebt, diese Veranstaltung auf künstlerischer Höhe zu halten. Leider stellten sich noch im letzten Moment Schwierigkeiten ein und machten Veränderungen des Programms notwendig. Der Regisseur Wiesner erkrankte an Grippe, unsere nimmermüde Genossin Jetkin wie auch der im Falle ihres Verhinderter vorgesehene Genosse Fröhlich waren infolge der für Donnerstag in Berlin einberufenen 30 Protestversammlungen am Erscheinen verhindert.

Die Feier wurde durch den Gesang des Liedes „Empor zum Licht“ mit Orchesterbegleitung eingeleitet. Nachher rezitierte Herr Schneider das alte, aber auch heute noch aktuelle prächtige Freiheitlied: „Die Toten an die Lebenden“. Der Rezitation folgte die Festrede des Genossen Jacobs, Berlin. Derselbe führte aus:

„Wenn wir Kommunisten das Andenken unserer Gefallenen ehren, so geschieht dies am besten dadurch, daß wir die Arbeit, an deren Fortsetzung diese durch ihre Ermordung gehindert worden sind, weiterführen. Die Verdienste Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts waren besonders stark während des Krieges, während der Durchhalte-Politik, als sie der nationalen Einheitsfront und dem Burgfrieden Burgkrieg, Solidarität der Proletarier aller Länder und den Krieg gegen den Krieg entgegenstellten. Neben jenen eine Parallele zwischen der damaligen und heutigen Zeit und schilderte in längeren Ausführungen die durch die Ruhrbesetzung hervorgerufene Kriegsgeschwängerte Situation. Pflicht des Proletariats sei es, in diesem Augenblick auf dem Posten zu sein und in beiden Ländern den Widerstand gegen den Imperialismus zu organisieren und sich dem imperialistischen Kriege entgegenzustellen. Nicht Burgfrieden, nicht nationale Einheitsfront, sondern Krieg gegen den Krieg, Vereinerung des Imperialismus, Schaffung einer Arbeiterregierung muß die Parole sein. Genosse Jacobs schloß seine Ausführungen mit einigen Sätzen aus Karl Liebknechts letzter Rede. Mit dem Gesang der Internationale endete der 1. Teil der Feier.

Der zweite Teil des Abends wurde durch den Choral „Der Trauermarsch, der alle Anwesenden im Mann hielt, eingeleitet. Herr Schneider les die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 vor. Der zweifelhafte über gute Stimmung verließ und der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet. Der zweite Teil der Feier durch die Proklamation der SPD. am 1. April 1922 eingeleitet.

Die Bevölkerung wird im Allgemeininteresse erucht, Milch nur in behördlich zugelassenen Geschäften zu kaufen, die durch das mit dem Stempel der Stadtverteilungsstelle versehenen Ausbängelbild kenntlich sind.

Landeshut.

Wie leicht ist es die erkannten Kräfte, schreiber der „Bergwacht“ mit der Wahrheit nehmen, beweist ein Bericht über eine angeblich gut besuchte Frauenversammlung, in welcher neben den in der blamablen Zudergeschichte interessierten Stadträten der SPD. den SPD. Stadtverordneten und deren Frauen außer unseren Mitgliedern ein knappes Dutzend Teilnehmer zu zählen waren. Auch in dieser Versammlung ging man wieder mit den bewussten Tügen vor, um den gemachten Fehler eines an fähiger Stelle stehenden Genossen zu beden, Geradzu demagogisch aber ist es, wenn an einer anderen Stelle des Blattes geschrieben wird, die Kommunisten hätten seit Anfang Oktober (welches Jahr?) bereits 8 Sitzungen beschlußfähig gemacht. Ist nicht wahr, daß mit Absicht nur eine Sitzung seit 1919 durch uns beschlußfähig wurde, weil auf die klar gestellten Fragen des Genossen Scholz: „Wo ist der verprochene billige Zucker geblieben und welche Sicherheiten sind für den 5-Millionenkredit von der „Edeka“ gefordert worden?“ keine Antwort erfolgte, trotzdem der für diese Sache verantwortliche 2. Bürgermeister Fechner anwesend war. Widerspruchvoll ist auch die Behauptung, daß durch Wahl der Kommunisten ein ehemaliger Koalitionsgenosse der SPD. an Stelle des damals durchgefallenen Stadtrats Breiter gewählt wurde. Es mußte damals schon den Sozialdemokraten klar sein, daß ein Mensch wie Breiter, welcher schon immer in der gemeinsten Weise gegen Andersdenkende in Wort und Schrift zu Felde zog, Aussicht auf Unterstützung nicht erwarten kann. Jeder andere der damals in der Fraktion noch vorgeschlagene Genossen hätte unsere Stimmen bekommen. Dem Stadtverordneten Reimann ist auf Anfrage durch Genossen Brüdner mitgeteilt worden, daß, sobald Genosse Scholz vom Zuge kommt, die Sitzung beginnen kann. Wenn es den Sozialdemokraten wirklich so ernst mit der Forderung für die Sozialrentner und Arbeitslosen wäre, dann hätten sie vor ihrer Mandatsniederlegung in einer zweiten Sitzung Gelegenheit nehmen können, für die auch von uns vertretenen, leider viel zu gering bemessenen Erhöhungen einzutreten. Diese Sitzung war dann auf alle Fälle beschlußfähig. Also auch mit diesem plumpen Wahlstreichel ist es wieder nichts. Die Arbeiterschaft weiß es nur zu gut, wer an ihrem Elend schuld ist; die Burgfriedenspolitik der SPD. während des Krieges und die arbeiterschädigende Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Koalitionsregierung.

Genossen werbt neue Abonnenten.

An unsere Postbesteller.

Mit dem Wechsel zum Neujahr, daß der Unterabdruckbetrag für den Monat Januar und den für den Monat Februar im Voraus zu zahlen ist. Für bitten alle Postbesteller, diesen Betrag rechtzeitig zu zahlen, damit die Abrechnung reibungslos ablaufen kann. Die Expedition.

Versammlungs-Kalender.

Der Kalender enthält alle Versammlungen der Gewerkschaften in der Provinz Schlesien. Er ist ein wertvolles Hilfsmittel für alle Mitglieder der Gewerkschaften. Er enthält die Namen der Versammlungen, die Zeit und den Ort der Versammlungen. Er ist in deutscher Sprache abgefaßt. Er kostet nur 10 Pfennige. Er ist in allen Buchhandlungen zu haben.

Gewerkschaften.

Eine ganze Bibliothek für nur 2000 Mark

erschaffen durch des **Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923**

Das Jahrbuch enthält alle Nachrichten über die Gewerkschaften in der Provinz Schlesien. Es enthält die Namen der Gewerkschaften, die Mitgliederzahl, die Einnahmen und Ausgaben, die Forderungen und die Leistungen. Es ist ein wertvolles Hilfsmittel für alle Mitglieder der Gewerkschaften. Es kostet nur 2000 Mark. Es ist in allen Buchhandlungen zu haben.

Arbeitsgemeinschaft f. d. Prov. Schlesien e. G. m. b. H. sämtlich in Breslau.

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9

Bühnenkasse
Paul Rainer
Paul Schäfer

Filmschau:
Die Stadt nach
Die Stadt nach
Die Stadt nach

Achtung!
Wo
Möbel
Ar. H. Kluge
Kramm 12, 1

Werbe
für den Partei-Krieg

Zahle
für Rohprodukten jeder Art,
sowie für Makulatur, Säcke
und Felle

die höchst. Tagespreise

Genolle Kranie,
Renschestrasse 50.